

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntag.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal zzgl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postämtern, sowie die Expedition. Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Inserate
pro dreizehntägiger Zeile 60 Pf.; für Verbandsmitglieder 40 Pf.; Stellenangebote 40 Pf.; Verbandsangelegenheiten 20 Pf. Privatangelegenheiten ist der Betrag beizufügen.

Nr. 80.

Berlin, den 22. Juli 1917.

33. Jahrgang.

Die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes.

Nun liegt sie hinter uns, die große Auseinandersetzung über politische und revolutionäre Gewerkschaftspolitik. Der Ausgang war, daß die größte deutsche Gewerkschaft, ja vielleicht der Welt, sich zu der alten bewährten, Gewerkschaftspolitik bekannte, die den Schwerpunkt der Gewerkschaften in diese selbst verlegt, die Unabhängigkeit der Gewerkschaften vertritt und keiner politischen Partei ein Vorrecht einräumt, die Handlungen der Gewerkschaften bestimmen zu können.

Gewiß war die Minderheit auf der Generalversammlung der Metallarbeiter eine große. Verächtlich hat man jedoch, wie die Ernährungsbeschwerden drückend auf das seelische Leben der Arbeiter einwirkten, die Unzufriedenheit steigern und wie diese sich Luft zu machen sucht auch gegen diejenigen, die an der Spitze der Gewerkschaften stehen, obgleich sie sich die rechtliche Mühe geben, die Leiden und Entbehrungen des Kriegszustandes möglichst zu mildern, dann darf man unumwunden sagen: das Ergebnis legt Zeugnis dafür ab, daß die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder sich die Überlegung bewahrt hat und die Gewerkschaften vor gefährlichen Experimenten bewahren will.

Und dies Ergebnis wurde erzielt nach einer ausgiebigen, mit rücksichtsloser Scharfe und in dem floren Bewußtsein geführten Aussprache, daß es sich hier um eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen bisheriger und angestrebter neuer Gewerkschaftspolitik handelte.

Der Wortführer der Opposition war ein Parteiführer der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, der sich auch in allererster Linie als solcher fühlte, indem er ausdrücklich erklärte: "Wir erblicken unsere politische Interessenvertretung nicht in der Partei der Regierungssozialisten, sondern in der unabhängigen sozialdemokratischen Partei. (Beifall bei der Opposition.) Das kann ich im Namen eines wesentlichen Teiles des Verbandes hier mit aller Deutlichkeit erklären! Man kann jedenfalls dem Führer der Opposition für diese Offenheit dankbar sein. Offenbart sie doch mit aller Deutlichkeit, wie die auf dem Gothaer Parteitag der "Unabhängigen" ausgegebene Parole, den Parteiführer auch in die Gewerkschaften zu tragen, in die Praxis überführt wird, wortaus auch der Verbandsvorstand in seinem Geschäftsbericht schon hingewiesen hatte.

Alles, was die Opposition in sachlicher Beziehung vorbrachte gegen die Haltung der Gewerkschaftsführer, gegen ihren angeblichen Verrat wichtiger Arbeiterinteressen, über die Bedrängnisse der Arbeiter während des Krieges, über die Preisgabe wichtiger Arbeiterrechte, über das eine: daß der Krieg naturgemäß, wie er das ganze übrige, besonders aber das wirtschaftliche Leben stört, so auch mit rauher Hand in das gewerkschaftliche Leben der Arbeiter eingreift. Das ist eben der Krieg! Wer sich der Anschauung hingibt, die Gewerkschaften brauchen sich durch den Krieg in ihrem ganzen Tun und Treiben nicht im geringsten föhren zu lassen und die militärischen Behörden dürfen sie hierin nicht behindern, der gibt sich eben einem unvorzeihlichen Irrtum hin. Die Vorgänge in allen kriegführenden Ländern sollten ihn aber über diese Tatsache belehren. In Deutschland können sich die Gewerkschaften während des Krieges noch am freiesten bewegen, freier als in dem republikanischen Frankreich und dem demokratischen England. Von dem Kriegsausgang hängt bis zu einem sehr hohen Grade auch das zukünftige Schicksal der Gewerkschaften ab. Daran ist nicht zu rütteln. Wenn diese Erkenntnis nicht aufgegangen ist, der ermanntel des notwendigen Weitblicks, der eignet sich nicht als Führer der Gewerkschaften in so schwerer Zeit, so sehr er sich dessen

auch für fähig halten mag und so laut er anderen diese Eigenschaft abspricht.

Aus allen diesen Gesichtspunkten ergibt sich von selbst die von den deutschen Gewerkschaftsleitungen während des Krieges eingenommene Haltung, die daher von rein sachlichen Beweggründen bestimmt wurde und mit Chauvinismus, Sozialimperialismus, Regierungssozialismus und wie sonst die klugkollen Schlagworte lauten mögen, nichts zu tun hat. Hieraus erklärt sich auch die Annahme der untenstehenden Entschließung der Metallarbeiter-Generalversammlung, die in momentlicher Abstimmung mit 64 gegen 53 Stimmen angenommen wurde, während auf eine entgegenstehende der Opposition 44 Ja-Stimmen gegen 73 Gegenstimmen entfielen.

Die Entschließung lautet:

Erklärung.

I. Die 13. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklart in den Anträgen 25 und 27 bis 31 der Vorlage den Ausdruck des gesellschaftlichen Bestrebens, den Verband von seinen Aufgaben und ihrer Durchführung abhürngen und ihn weit gesteckten politischen Zielen dienlich zu machen. Diesen Zweck sollen die in Wort und Schrift ausgesprochenen Herabsetzungen der Gewerkschaften, ihrer Leistungen und Erfolge sowie die Verdüchtigungen ihrer Leitungen und Vertrauensmänner fördern. Diese Agitation soll zunächst die in weiten Kreisen der Arbeiterschaft bestehende Mißstimmung über die lange Dauer des Krieges und ihre Folgen und, unter letzteren besonders über die mangelhafte Regelung der Volksernährung, auf die Gewerkschaften und auf ihre Leitungen wegen ihrer angeblichen Tatenlosigkeit übertragen und sie für alle die Arbeiterschaft mehr oder weniger bedrückenden Kriegsmahnahmen verantwortlich machen. Indem den Arbeitern unter Hinweis auf die Stellung der russischen Arbeiterschaft zu der gegenwärtigen Revolution, eine Kraftentfaltung, die sie nach den heutigen Machtverhältnissen gar nicht haben kann, vorgebildet wird, soll sie für große politische Massenbewegungen begeistert und zu demonstrativen Arbeitseinstellungen mit politischen Zielen veranlaßt werden. Enden solche Bewegungen, wie leicht voraussehen, mit einem Mißerfolg, dann wird dieser wieder den Gewerkschaften und ihren Leitungen zur Last gelegt.

Diese Agitation ist im höchsten Grade unaufrichtig. Sie verschweigt die Bemühungen der Gewerkschaften zur Erleichterung des auf der Arbeiterschaft lastenden Druckes, verschmäht die Macht der entgegenstehenden Kräfte und die wahren Ursachen, aus denen Erfolge den gewerkschaftlichen Bemühungen nicht oder nur mäßig beschieden sein können. Diese Agitation ist aber auch verhängnisvoll, weil sie durch ihre Folgen den auf den Arbeitern lastenden Druck noch vergrößert, bei den uns feindlichen Staaten die Hoffnung auf baldigen völligen Zusammenbruch Deutschlands stärkt, deren Angriffswut steigert, die Zahl der Kriegesopfer vermehrt und den Krieg selbst verlängert.

Unter dieser Feststellung lehnt die Generalversammlung die oben genannten Anträge ab, erhebt Einsprache gegen das Bestreben, die Streitigkeiten der politischen Arbeiterbewegungen in die Gewerkschaften hineinzutragen und hält nach wie vor an der bisherigen Auffassung über den Zweck des gewerkschaftlichen Kampfes an sich und seiner Anwendung fest. Die Generalversammlung warnt die Verbandsmitglieder vor der gekennzeichneten Agitationsweise, vor den ihr zugemuteten Massenbewegungen für politische Zwecke sowie vor allem im Widerspruch mit der bisherigen Taktik und Verbandsfassungen stehenden Arbeitseinstellungen. Sie fordert die Verbandsmitglieder auf, sich solchen die Einigkeit und Geschlossenheit unserer Mitglieder gefährdenden Treibereien zu widersetzen.

II. Zur Führung des gewerkschaftlichen Kampfes bedarf die Arbeiterschaft einer gesicherten ge-

setzlichen Grundlage. Die Geminnisse in der Ausübung des Koalitionsrechts durch § 153 der Gewerbeordnung und die Anwendung des Erpressungs- und Nötigungsparagrafen auf die gewerkschaftlichen Kämpfe müssen durch Neuordnung des Koalitionsrechts beseitigt werden. Die Generalversammlung erwartet von den Vertretern der Arbeiterschaft im Reichstage eine entscheidende Vertretung der Arbeiterforderungen im Sinne der Ausgestaltung aller die Rechte der Arbeiterschaft berührenden Gekiege. In sozialpolitischer Hinsicht fordert sie den wirksamen Ausbau des Arbeiterschutzes, eine durchgreifende Umgestaltung der Arbeitervereine im Sinne dieser Regelung der Arbeitsnachweise, Einführung der Reichsarbeitslosenversicherung und Förderung des gewerblichen Schlichtungswezens.

III. Aus dieser Erkenntnis heraus betrachtet die Generalversammlung die vom Internationalen Gewerkschaftsbund aufgestellten Arbeiterforderungen für einen künftigen Frieden als geeignete Grundlage für eine baldige Herbstführung. Eine eifrige Wirksamkeit aller Arbeiterschaften im Sinne dieser Forderungen dient der Annäherung der verschiedenen Länder und damit einem dauernden Frieden.

Die gewerkschaftlichen Forderungen für den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft.

IV. Entlassung der Kriegsteilnehmer und Hilfsdienstpflichtigen.

Die Auflösung der Meeresflotte, die Deutschland in diesem Kriege aufgeboden hat, wird mit großen Schwierigkeiten verknüpft sein; es werden sich zahlreiche Wünsche geltend machen auf sofortige und schnelle Entlassung. Nicht in jedem Einzelfalle wird die Militärverwaltung dem Rechnung tragen können, wohl aber bei der Entlassung nach festen bestimmten Grundsätzen verfahren müssen. Für die Aufnahme unseres Wirtschaftslebens, so wird in der Eingabe gesagt, ist es nötig, daß zunächst die Gewerbetreibenden, Techniker, Werkmeister, Fabrikarbeiter und Verwaltungsbeamten entlassen werden, deren Dienstleistung für das Inangangkommen des Betriebes von besonderer Wichtigkeit ist. Zu den Verwaltungsbeamten rechnen wir auch die kaufmännischen Angestellten für den Betrieb, das Bureaupersonal. Es wird für einzelne Industrien eine Bevorzugung eintreten müssen. Wir denken dabei zunächst an den Bergbau, die Eisenindustrie, die Werften und das gesamte Verkehrswezen. Der Bergbau und die Eisenindustrie bedarf der geschulten Kräfte, um die Produktion sofort erheblich zu steigern, damit auch ein Ueberfluß an Waren zur Ausfuhr bereitgestellt werden kann. An das Verkehrswezen wird auch in der Uebergangszeit ein so gewaltiger Anspruch gestellt werden, daß es dringend notwendig ist, hier sofort, sowohl für die Werkstatt wie für den Betrieb, alle Kräfte freizugeben. Wir erwarten aber, daß nicht ohne Zwang die Entlassung verweigert wird; die lange Dauer des Krieges läßt es verständlich erscheinen, wenn alle, die nicht zur Friedensformation des Heeres gehören, auf ihre Entlassung dringen werden. Auch allgemein volkswirtschaftliche Gründe lassen es dringend geboten erscheinen, jede volkswirtschaftlich nutzbringende Arbeitskraft sobald als möglich wieder in Tätigkeit zu setzen und sie nicht brach liegen zu lassen. Es muß deshalb Vorsehung getroffen werden, daß kein Kriegsteilnehmer länger als militärisch notwendig im Dienst behalten wird.

Die Entlassung der Kriegsteilnehmer und Hilfsdienstpflichtigen soll nach dem Wohnort der Familie oder nach dem Arbeitsort erfolgen. Die Kreisbehörden sollen die Mannschaften zur Erlangung ge-

Internationales.

Internationale Gewerkschaftskonferenz. Der Vorstand des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht in Nr. 7 der „Gewerkschaftlichen Rundschau für die Schweiz“ die Einladung zu einer internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern am 1. Oktober 1917. Die Einladung der in Amsterdam errichteten Zweigstelle des Internationalen Gewerkschaftsbundes (den der Vorstand des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes irrlicherweise mit der „Holländischen Gewerkschaftszentrale“ verwechselt) zur Konferenz am 8. Juni in Stockholm habe den gewünschten Erfolg nicht haben können, weil die Frist zu kurz gewesen sei. Den Beschluß dieser Konferenz, zum 17. September eine neue Konferenz nach der Schweiz einzuberufen, begrüßt der Vorstand des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes mit Freude, ferner, daß dafür ein Zeitpunkt in Aussicht genommen worden ist, der die Beschickung wenigstens ermöglicht. Nach weiteren Mitteilungen hat die Confederazione del Lavoro in Mailand am 19. Mai durch ihren Sekretär Rigola erklärt lassen, daß sie an einer von der Schweiz einberufenen internationalen Zusammenkunft teilnehmen werde, wenn Vertreter beider Staatengruppen erscheinen werden. Die Confédération Générale du Travail teilte am 4. Juni durch ihren Sekretär Jouhaux mit, daß sie an einer von der Schweiz einberufenen internationalen Zusammenkunft teilzunehmen bereit sei und gleichzeitig vorschlug, auch solche Organisationen einzuladen, die bisher dem Internationalen Gewerkschaftsbunde nicht angehört haben, wie den englischen parlamentarischen Ausschub, die Tschechen und Rußland. Ferner teilt der Schweizerische Gewerkschaftsbund mit, daß an der Teilnahme Spaniens und Amerikas nicht zu zweifeln sei. Die Engländer seien zwar noch schwankend, doch habe man nach einem Schreiben vom 9. Mai keine Ursache, anzunehmen, daß sie allein sich ausschließen würden. Die übrigen Länder der Entente würden sich nach Frankreich, Italien und England richten. Die Landeszentralen der Mittelmächte hätten schon im letzten Jahre ihre Teilnahme zugesichert und die Neutralen würden selbstverständlich nicht fehlen, wie der Beschluß von Stockholm zeige.

Wegen der Verkehrsschwierigkeiten glaubte der Schweizerische Gewerkschaftsbund den Beginn der Konferenz auf den 1. Oktober verschieben zu müssen. Als Tagesordnung ist in Aussicht genommen: 1. Konstitution und Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes. 2. Die Anträge der internationalen Gewerkschaften an den Friedenskongress. Politische Angelegenheiten sollen nicht erörtert werden. Die Landeszentralen sind zur Entscheidung von 10 Abgeordneten ermächtigt, doch hat jedes Land nur eine Stimme. Anträge sind an das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (Bern, Kapellenstr. 8) zu richten. — Das Bundeskomitee beabsichtigt, die ihm bekannten Landeszentralen noch schriftlich einzuladen, bittet aber trotzdem, die Bekanntmachung in der „Schweizerischen Gewerkschaftlichen Rundschau“ als Einladung zu betrachten, da es nicht unmöglich ist, daß Postsendungen nicht in die Hände der Empfänger gelangen. Mit dieser Befürchtung hat der Bundesvorstand nicht unrecht, nachdem die Einladungen von der Amsterdamer Zweigstelle an die französische und die spanische Landeszentrale den Empfängern einfach nicht ausgehändigt worden sind.

Norwegen. Der 7. Verbandstag des norwegischen Buchbinderverbandes findet am 23. Juli 1917 und folgende Tage in Kristiania statt. Die Punkte der Tagesordnung behandeln u. a.: den Uebertritt zu anderen Verbänden, Verwaltungsangelegenheiten, die Taktik, Gründung einer Fünfzehnerkommission, die Lehrlingsausbildung, die Grenze zwischen Männer- und Frauenarbeit, Linieren als besonderes Fach, Lohnbewegung (Gründung einer Zwangsparkasse), Agitation. Die meisten Vorschläge zur Änderung oder Erweiterung der Statuten sind vom Verbandsvorstand eingelaufen. Zur Regelung der Beitragsfrage macht der Vorstand im Auftrage des vorigen Verbandstages den Vorschlag, die Mitglieder in vier anstatt wie bisher in drei Klassen einzuteilen und soll der Wochenbeitrag für diese betragen: für Klasse I 70, Klasse II 37, Klasse III 32 und Klasse IV 21 Oere. Die Klasse I, die nur männliche Mitglieder mit über 18 Kronen wöchentlichem Verdienste umfaßt, soll unverändert bestehen bleiben; aber die Klasse II, die ausschließlich für weibliche Mitglieder bestimmt ist, soll in zwei Klassen geteilt werden, und zwar in Klasse II und III. In die Klasse II kommen dann alle weiblichen Mitglieder mit 18 Kronen oder mehr Wochenverdienst. Zur Klasse III gehören alle übrigen weiblichen Mitglieder und die Lehrlinge mit über 12 Kronen

Aus unserem Beruf.

Die Buchhändler gegen unsere Teuerungszulagen. Wie der „Korrespondent“ mitteilt, haben die Buchhändler in den „Mittelungen“ des Deutschen Verlegervereins über unsere Teuerungszulagen sich dahin geäußert, daß sie weit über das Maß dessen hinausgingen, was eine derartige Erhöhung rechtfertigen könne. Das Bestreben der Buchbinderzeitung, unbedingt auf einseitig festgesetzte Preisbedingungen des Gewerbes zu bestehen, müsse die Verleger doppelt veranlassen, ihren Standpunkt zu wahren oder mit Aufrufen zurückzuhalten. Es ist die alte Geschichte: gerade diejenigen reden von einem Uebererschreiten des Maßes des Verdienstes, welche bei ihren Profitten an fast Maß sich halten, wenn die Gelegenheiten günstig ist.

Dem „Leipziger Volkszeitung“ ton liefert die Leipziger „Volkszeitung“ wieder einmal eine Probe bei Besprechung des gegen den ehemaligen Redakteur des Braunschweiger „Volksfreund“ Wesemeier gefällten Urteils. Die Leipziger „Volkszeitung“ verurteilt den „Regierungssozialisten“ einen Unfals in bezug auf Preisbildungsprozesse nachzuweisen, die sie früher bei bürgerlichen Blättern getadelt hätten. „Und jetzt läßt einer ihrer Besten, Herr Kloth, sich durch Gerichtsurteil bestätigen, daß auf seiner Ehre keine Flecken sitzen!“

Die Leipziger „Volkszeitung“ hält die Wahrheit für eine gefährliche Mixtur, die ihre Leser nicht betragen können. Darum hält sie sie ihnen fast immer vor und erzählt ihnen dafür unwahre Geschichten. Die Wahrheit ist nämlich einfach die: Ehemalige Redakteure des Braunschweiger „Volksfreund“ haben Kloth fortgesetzt beleidigt und ihm unwahre Sachen nachgesagt. Zu Beweisen für ihre Behauptungen und zur Zurücknahme ihrer Beleidigungen waren sie nicht zu bewegen, auch vor Gericht nicht. Deshalb erfolgte bereits die Verurteilung des einen Redakteurs und die des andern wird wahrscheinlich folgen, und zwar von Rechts wegen. Die Leipziger „Volkszeitung“ vermag solchen einfachen Tatbestand nicht zu würdigen, weil sie ihre Blanzzeit unter Schoenlant längst hinter sich hat. Der Spiritus ist verfliegen und nur das Phlegma eines Klotentums ist ihr geblieben, das sich in papagenhaften Schimpfworten gegen politische Gegner manifestiert.

Korrespondenzen.

Krefeld. In einer am 8. Juli stattgefundenen öffentlichen Versammlung gab Kollege Bauer den Bericht über die mit den Herren Arbeitgeber gepflogenen Verhandlungen betr. einer abermaligen Teuerungszulage. Einleitend verbreitete er sich über die augenblickliche Teuerung aller Lebensmittel und sämtlicher Verbrauchartikel, die es gebieten erscheinen ließen, erhöhte Teuerungszulagen zu verlangen, da mit den bisher gewährten nicht mehr auszukommen sei. Deshalb habe sich der Vorstand mit der Vereinigung der Krefelder Buchbindermeister und verwandter Verufe zu Krefeld in Verbindung gesetzt behufs Erhöhung der Teuerungszulagen. Diese seien durch Schreiben vom 20. Juni wie folgt bewilligt worden: Verheiratete erhalten auf den Wochenlohn 25 Proz., Unverheiratete und weibliche Arbeiter 20 Proz. Kriegszulage; sie ist in der ersten Aufstiegsstufe ermäßig. Die früheren Zulagen fallen fort. Drei Monate nach Friedensschluß mit England soll beraten werden, ob und in welcher Höhe die Zulagen weiter zu lassen sind. Der Vorsitzende gab dann noch einen Rückblick auf den augenblicklichen Stand des Buchbinderverbandes. Der Bericht wurde von der Versammlung beifällig aufgenommen und mit dem Resultat zeigte sich alle zufrieden. Verschiedene Firmen hatten schon einige Wochen vordem die Zulage gezahlt, einzelne sogar darüber hinaus, was allgemein anerkannt wurde. Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden fand die Versammlung ihren Abschluß.

Russzeichnungen.

- Das „Eiserne Kreuz“ erhielten die Kollegen: Karl Beyersdorf, Mitglied der Zahlstelle Halberstadt;
- Otto Dehant, Mitglied und früherer Vorsitzender in Köln;
- Wilh. Faber, Mitglied der Zahlstelle Krefeld;
- Gustav Heinemann, Mitglied der Zahlstelle Hamburg-Altona;
- Otto Jahn, Mitglied der Zahlstelle Badenwalde;
- Ludwig Knecht, Mitglied der Zahlstelle Frankfurt a. M., wurde vor einiger Zeit Unteroffizier und erhielt die Dienstmedaille, hat jetzt das Eiserne Kreuz erhalten;
- Paul Reifer, Eugen Stanger, Mitglieder in Stuttgart;
- Eugen Sees, Mitglied der Zahlstelle Stuttgart;
- Walter Stachurski, Mitglied der Zahlstelle Berlin.

eigneter Beschäftigung hinsichtlich unterstützen. Den Kriegsteilnehmern, die eine Familie zu versorgen haben, ist nach Möglichkeit die Wiederereinstellung in demjenigen Betriebe, in dem sie bis zu ihrer Einberufung zum Wehrdienst mindestens ein Jahr lang beschäftigt waren, zu sichern. Eventuell entscheidet über die Möglichkeit einer Wiederereinstellung eine Schlichtungsstelle. Die Wichtigkeit einer Betriebspensionskassenkasse muß auch bei einem Nichtwiedereintritt in die Beschäftigung aufrechterhalten werden können. Weiter werden gefordert: eine staatliche Arbeitslosenunterstützung für die vom Wehrdienst entlassenen Arbeiter und Angestellten, Weiterzahlung der seitherigen Dienstbezüge für den vollen Monat zum Zwecke der Erholung oder der Ordnung der häuslichen und wirtschaftlichen Verhältnisse; Gewährung eines Erholungsurlaubes und nötigenfalls Kuraufenthalt auf Kosten des Reiches für die Kriegsteilnehmer mit erheblich geschädigter Gesundheit; Verpfändung der Unternehmer, auf je 20 Arbeiter wenigstens einen Kriegsbefähigten in eine für ihn geeignete Beschäftigung zu nehmen (Staats- und Gemeindebetriebe haben ohne Rücksicht auf die Anzahl ihrer Arbeiter und Angestellten die vorher in den Betrieben beschäftigten Kriegsbefähigten wieder einzustellen); Entlohnung nach tatsächlicher Leistung, insbesondere gleiche Affordräge für Gesunde wie Kriegsbefähigte (die Aufrechnung der Rente darf unter keinen Umständen stattfinden); baldmöglichste Aufhebung der vaterländischen Hilfsdienstpflicht; Arbeitslosenunterstützung für diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die den Kriegsbefähigten im Arbeitsverhältnis Platz machen müssen.

V. Regelung der Arbeitsverhältnisse und des Arbeiterschutzes.

Bei der Unsicherheit der Erwerbsverhältnisse während der Uebergangswirtschaft ist, sofern nicht eine staatliche Arbeitslosenversicherung durchgeführt wird, eine Arbeitslosenunterstützung aus Reichsmitteln zu gewähren. — Der Betrag an Lohn oder Gehalt, welcher der Beschlagnahme und Pfändung nicht unterliegt, muß auf 5000 M. jährlich ausgedehnt werden. — Die während des Krieges vorübergehend außer Kraft gesetzten Arbeiterschutzbestimmungen müssen sofort nach Friedensschluß wieder in volle Wirksamkeit treten. Das Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien und Konditoreien sowie der Siebener-Laden für offene Verkaufsstellen mit seinen Ausnahmen für Lebensmittelverkauf sind beizubehalten. — Da, wo die Arbeitszeit in Reichs-, Staats- oder Gemeindebetrieben verlängert ist, muß sie auf den Stand vor dem Kriege herabgesetzt werden. — Die außer Kraft gesetzten Bestimmungen der Arbeiterversicherungs-gesetze (mit Ausnahme der Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden, die neu zu regeln ist) sind wieder in Geltung zu bringen. — Die Wächnerinnenunterstützung ist in die Reichsversicherungsordnung einzufügen. — Zur Schlichtung von Tarifstreitigkeiten und Arbeitsdifferenzen sind amtliche Schlichtungsstellen auf paritätischer Grundlage zu errichten. Die für den vaterländischen Hilfsdienst geschaffenen Arbeiter- und Angestellten-ausschüsse und Schlichtungsstellen sowie die Armeekorpsausschüsse werden fernerhin auf die Uebergangs- und Friedenswirtschaft übertragen. An Stelle der militärischen Vorsitzenden treten die zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten usw. Die Gewerbegerichte können als Schlichtungsstellen angerufen werden. Den Arbeitern und Angestellten ist durch Reichsgesetz eine anerkannte Vertretung in Kammeren auf beruflicher Grundlage zu gewähren. Für die Heimarbeitserufe sind die bisher errichteten Nachauschüsse beizubehalten.

VI. Hilfeleistungen für Kriegsteilnehmer und deren Angehörige.

Zur Unterstützung in wirtschaftlichen Verfall geratener Kriegsteilnehmer sind öffentliche Darlehnskassen zu errichten. Der zur Kriegszeit geschaffene Schuldnerschutz ist auch für die Zeit der Uebergangswirtschaft aufrechterhalten und auszugestalten. Die Mietbewilligungsämter bleiben bestehen.

VII. Wohnungsfragen.

Staat und Gemeinden haben der Bau kleiner Wohnungen zu fördern und für die möglichst beschleunigte Aufschichtung des vorhandenen Baugeländes Sorge zu tragen. Die Ansetzung von Kriegsbefähigten, soweit sie mit landwirtschaftlichen Arbeiten vertraut und zu solchen fähig sind, ist zu fördern. Für die Bekleidung der Grundstücke ist bis zu einer bestimmten Grenze Bürgerschaft aus Staatsmitteln zu übernehmen.

Es liegt im dringendsten Interesse des gesamten Volkes, daß Reichstag und Behörden die vorstehenden Forderungen berücksichtigen.

Wochenverdienst. In Klasse IV kommen schließlich alle anderen im Fach beschäftigten Personen, die unter 12 Kronen die Woche verdienen.

Der Vorstand wünscht ferner, daß der Paragraph, der besagt, daß Streiks unter 6 Tage nicht unterstützt werden, geändert werden soll; doch ist der Vorstand unter sich zu keiner Einigung darüber gekommen. Ein weiterer Vorschlag vom Vorstand fordert, daß eine Abteilung (Zahlstelle), die gegen die Statuten verstößt oder den laut Statuten vom Vorstand oder Verbandstag gefaßten Beschlüssen nicht nachkommt, nach einer einen Monat vorher erfolgten Warnung aus dem Verband ausgeschlossen werden kann.

Betreffs des Versicherungs- und Invalidenfonds sind von der Stavanger-Abteilung weitgehende Erhöhungen vorgeschlagen, die der Vorstand aus finanziellen Gründen für nicht ausführbar hält; er macht dafür Gegenanschläge, u. a. auch den einer Brautaussteuerversicherung, wonach nach 250 Wochen Beitragsleistung 50, nach 375 Wochen 75 und nach 500 Wochen 100 Kronen ausgezahlt werden sollen.

Vom Vorstand wird sodann die Gründung einer obligatorischen Sparkasse vorgeschlagen, um die 1918/19 bevorstehende Lohnbewegung besser bestehen zu können. Mitglieder der Klasse I haben dann 1 Krone und solche von Klasse II 50 Oere wöchentlich neben dem Wochenbeitrag einzuzahlen. Das ersparte Geld wird als persönliches Eigentum des Mitgliedes betrachtet und wird, falls es zu einem Ausstand bei der bevorstehenden Lohnbewegung kommt, ratenweise zurückgezahlt.

Wie ersichtlich, hat sich der norwegische Verbandstag mit sehr wichtigen Tagesordnungspunkten zu befassen. Ueber seine Beschlüsse werden wir zu gegebener Zeit berichten. Der internationale Sekretär, Kollege Kloth, hat eine Einladung zum Verbandstag erhalten, die angenommen wurde, von der aber zweifelhaft ist, ob sie ausgeführt werden kann wegen der Pab-schwierigkeiten.

Rundschau.

A. C. Der gewerbliche Beschäftigungsgrad. Auch im Monat Mai hat die Zahl der Beschäftigten, soweit sich dies aus der Berichterstattung der Krankenkassen an das Reichsarbeitsblatt betreiben läßt, wieder recht befriedigend zugenommen, wenn auch der Grad der Zunahme lange nicht mehr so stark war wie im April. Immerhin betrug die Steigerung gegenüber dem Vormonat 1,41 Proz.

Table with 4 columns: Month, Male employees, Female employees, Total employees. Rows for Jan, Feb, Mar, Apr, May.

Die günstige Entwicklung im laufenden Jahre hat bewirkt, daß die Zahl der Beschäftigten am 1. Juni höher war als je in einem Kriegsmonat. Nach unseren Berechnungen stellte sie sich, wenn wir den 1. August 1914 gleich 100 setzen, am 1. Juni 1917 auf 72,4. Besonders in den letzten drei Monaten war die Zunahme sehr erheblich: sie stellte sich im März auf 98,245, im April auf 232,866 und im Mai auf 100,186.

Leistungen gegenüber Friedenszeiten eine starke Änderung erfahren haben müssen. Ausgeschieden konnten sie zum Teil durch längere Arbeitszeit und durch verstärkte Anwendung von Maschinen werden. Wie weit dies aber gelungen ist, das entzieht sich der Kenntnis. Neuerdings kommt aber noch hinzu, daß die Ernährungsverhältnisse auf die Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte einwirken. Dieser Gesichtspunkt darf keineswegs leicht genommen werden, sollte vielmehr der Anlaß bilden, daß man die ganze Ernährungspolitik auf eine andere Grundlage stellt.

Table with 4 columns: Male employees, Female employees, Total employees for March, April, May. Includes plus/minus signs for changes.

Das Maß der Zunahme beträgt im laufenden Jahre bei den männlichen Beschäftigten 68 755, bei den weiblichen dagegen nur 14 274. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die stärkere Zunahme bei den männlichen Beschäftigten auf Einwirkungen des genannten Gesichtes zurückzuführen ist.

Hundertwärtig Jahre Töpferverband. Dieser Tage konnte der Zentralverband der Töpfer auf sein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Am 1. Juli 1862 begann er seine Tätigkeit, fast unangesehen von der lokalistischen Richtung, welche unermüdlicher Kampf sich noch jahrelang hinzog und erst um die Wende des vorigen Jahrhunderts zugunsten des Verbandes zu Ende ging.

Dieser Arbeiterkampf, der viele Opfer gefordert und viele Kraft nutzlos vergeudet, erscheint heute um so sinnloser, als früher bereits ein Vorläufer des jetzigen Verbandes bestanden hatte. Schon im August 1873 fand in Dresden ein Töpferkongress statt, auf dem ein Verband der Töpfer (Allgemeiner deutscher Töpferverein einschließlich Österreich-Ungarn und der Schweiz) gegründet wurde. Dieser Verband fiel 1878 dem Sozialistengesetz zum Opfer.

Seit dem Jahre 1899 datiert der Aufstieg des Verbandes. Er beschritt den Weg der Unterstufungseinrichtungen, sog. daraus neue Werbestärke und Kampfkraft, seine Mitgliederzahl hob sich, nachdem sie längere Zeit zwischen 4000 und 5000 geschwankt, im Jahre 1901 auf 7500 und stieg von da ab nach Einführung der Unterstufungseinrichtungen unausgesetzt auf circa 12 000 im Jahre 1907, so daß um diese Zeit circa 70 Proz. aller organisationsfähigen Töpfer organisiert waren.

der Kriegszeit hat diese Tätigkeit nicht ausgeübt. Außer Kriegsteuerungszulagen bis zu 50 Proz. wurden auch verhältnismäßig entsprechend erhöhte Tarife abgepflohen, u. a. auch ein Dienstverbot für die Provinz Kärnten.

Am Schluß des Jahres 1914 hatte die Organisation ein Verbandsvermögen von 338 000 Mk. Dieser gute Bestand hat sich trotz bedeutender Zuwendungen an die Familien der Kriegsteilnehmer und an diese selbst nur unwesentlich verringert; er betrug trotz dieser Zuwendungen in der anschließenden Höhe von circa 63 000 Mk. und obwohl bereits längst für die Mitglieder wieder das alte Friedensstatut volle Geltung hat, am Jahreschluß 1916 noch rund 306 000 Mk. Insgesamt hat der Verband in den 25 Jahren seines Bestehens über 4 1/2 Millionen Mark vereinnahmt.

Wäge er wie bisher in erproblicher Weise für seine Verbandsangehörigen wirken! Wäge ihn die kommende Friedenszeit einig und gut gerührt finden zu neuen Taten, zu neuen Siegen!

Die Nr. 27 des Organs des Töpferverbandes, „Der Töpfer“, das gleichfalls nunmehr 25 Jahre seines Bestehens vollendet und den Verband getreulich in Freud und Leid begleitet hat, ist jedoch in guter Ausstattung, 16 Seiten stark, als Beilage herausgegeben.

Die Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine hielt ihre fünfte Generalversammlung in Nürnberg ab. Geschäftsführer Rastlein-Samburg erstattete den Geschäftsbericht. Aus diesem heben wir hervor:

Was den Umsatz im Berichtsjahr anbetrifft, so sei das Resultat den Beträgen nach ein bedeutend besseres als im Vorjahre. Viele Genossenschaften, die bishero noch abseits geblieben hätten, seien dazu übergegangen, der Gesellschaft ihre Aufträge zu überweisen. — Hierzu möchten wir die recht wenig bekannte und für uns und unsere Mitglieder schier unlegentliche Tatsache betonen, daß die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine manche ihrer großen Aufträge nicht der Verlagsanstalt, sondern der Heimerarbeit zuwendet. — In den Produktionsbetrieben habe der Umsatz 4 884 467 Mk. betragen, gegen 3 165 387 Mk. im Jahre 1915, in der Versicherungsabteilung 601 688 Mk., gegen 614 723 Mk. im Vorjahr, und im Elektrizitätsbereich 87 252 Mk., gegen 76 820 Mk. im letzten Jahre, mithin sei ein Gesamtumsatz von 5 663 358 Mk., gegen 3 856 932 Mk. im Jahre 1915, erzielt. Erfreulicherweise habe sich auch das Versicherungsverhältnis im Vorjahre, wenn man die Kriegsverhältnisse in Rücksicht zieht, wieder sehr gut entwickelt. Die Mitgliederversicherungen, die in der ersten Zeit des Krieges hinfällig waren, hätten eine Zunahme in dem Umfang erfahren, daß die Einnahmen aus dieser Position um etwa 20 Proz. gestiegen ist. Das Statut der Versicherungsunternehmungen habe bekanntlich seinen Gesellschaftern unterzogen, mit der Verlagsgesellschaft zu arbeiten. Dagegen versuchten diese unter Verband noch gern die Versicherungen der Konsumvereine zu erlangen, und ihre örtlichen Agenten seien sehr rührig. Wenn auch im großen und ganzen die Genossenschaften ihre Versicherungen der Verlagsgesellschaft übergeben, so habe doch in einigen Fällen festgehalten werden müssen, daß Versicherungen Privatgesellschaften übertragen worden seien.

In Unterstufungen seien 1914 6617 Mk., 1915 50 669 Mk. und 1916 72 906 Mk. gezahlt, und es sei damit zu rechnen, daß die Unterstufungssumme im laufenden Jahre auf 80 000 Mk. steigen werde. Unterstufungsberechtigt seien zurzeit 137 Personen, und zwar würden unterstützt: 125 Frauen, 188 Kinder und 9 Mütter.

Bzüglich der Teuerungszulagen teilt Redner mit, daß man sich auf drei Stufen beschränkt, wodurch das Personal sich besser fände. Im Herbst 1916 seien diese Teuerungszulagen erhöht worden, und im April dieses Jahres habe eine weitere Erhöhung stattfinden müssen, weil die Kosten für den Lebensunterhalt im letzten Winter eine bedeutende Steigerung erfahren hatten. Die Sätze stellten sich nunmehr wie folgt:

In der ersten Staffel für Verheiratete 9,50 Mk., für Ledige 8 Mk. In der zweiten Staffel für Verheiratete 8,50 Mk., für Ledige 7 Mk. In der dritten Staffel für Verheiratete 7,50 Mk., für Ledige 6 Mk. pro Woche.

Weibliche Personen und Lehrlinge erhielten 15 Mk. pro Monat oder 3,50 Mk. pro Woche. Die Befassung durch die Zulagen betrage monatlich rund 10 000 Mk. —

Bekanntlich arbeiten in der Buchbinderei und Papierwarenhandlung der Verlagsanstalt viele unserer Mitglieder, denen die Teuerungszulagen auch zugute kamen.

Die Unterstützungsbereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten verlor im Jahre 1915 durch den Tod 65 Mitglieder, davon auf dem Schlachtfelde 26. Der Mitgliederbestand ist auf 8712 gefallen, gegen 3776 im Vorjahre, mithin eine Abnahme von 64. Auf die einzelnen Berufsgruppen verteilt sich die Mitgliederzahl (1915) wie folgt: Arbeitersekretäre 161, Parteiangestellte 157, Berichtserstatter 90, Politische Redakteure 286, Buchhandlungsangestellte und Kontoristen 145, Expedienten 824, Geschäftsführer 129, Gewerkschaftsangestellte 2216, Krankenpflegerangestellte 113, Schriftsteller 63, Angestellte anderer Arbeitervereinigungen 28.

Das sind die Richtigen. In einem Flugblatt, das vor einiger Zeit, unterzeichnet von dem Landtagsabgeordneten Paul Hoffmann, an Soldaten im Felde verandt worden ist, sind auch geschäftliche Angriffe gegen die Gewerkschaften enthalten. Hierzu schreibt „Der Kämpfer“:

„Wir erwarten, daß eine solche gewissenlose Hebe an unseren Kollegen abprallt und daß sie erkennen, wohin eigentlich die Reife der Zerplitterter gehen soll. Im übrigen haben es die Gewerkschaftsführer nicht nötig, ausgerechnet von einem Paul Hoffmann Anweisungen entgegenzunehmen. Der Restaurateur Paul Hoffmann ist ein Mann, der sich seit langen Jahren um die Gewerkschaft der Bauarbeiter, der er angehört, gar nicht gekümmert hat. . . . Wir wissen von ihm persönlich nur, daß er, als der große Bauarbeiterstreik war, sich weigerte, die zur Unterstützung der kämpfenden ausgeschriebenen Extrabeiträge zu zahlen!“

Das sind die Richtigen, die Verurteilten zur „Reform der Gewerkschaften“. Große Worte machen und dann sich weigern, streikende Kollegen mit Extrabeiträgen zu unterstützen, das paßt zusammen wie die Faust aufs Auge.

Achtung, Buchbinder Berlins!

Nach langen Mühen sind nun endlich die neuen **Leuerungszulagen** unter Dach und Fach gebracht. Soeben ist an die **Nichtmitglieder** des „**Bereins Berliner Buchdruckerbesitzer**“ ein Zirkular verandt worden, in dem die vom **Berein Berliner Buchdruckerbesitzer** beschlossenen Kriegszulagen aufgeführt sind.

Danach wird den **Gehilfen** in **Groß-Berliner Buchdruckereien** ein wöchentlicher Verdienst (ohne Heberstunden) von 50 Mk. am Tisch (Ledige 48,50 Mark) und von 51,50 Mk. an Maschinen usw. (Ledige 50 Mk.) garantiert.

Wo dem nicht nachgegeben wird, ist unerbittlich **Werbung** beim **Verband** zu erstatten. Dasselbe sind auch für unsere Mitglieder **Zirkulare** mit den **Sätzen der Leuerungszulagen** und **Kriegszulagen** unentgeltlich abzuholen.

Die **Verbandsleitung** der **Buchbinder Berlins**.
J. A.: Paul Rieger.

Literarisches.

Gesellschaftliche Zulagen für jeden Haushalt. Plan und Begründung einer **Beihilfenforderung** von A. Zeiler, 1. Staatsanwalt in Jena. Verlag von J. Geh in Stuttgart. Die Frage des **Geburtsrückgangs** und der **Volksvermehrung** hat schon vor dem Kriege eine große Rolle gespielt, um wieviel mehr jetzt, wo der **männermordende Krieg** die **zeugungsfähigen Männer** in **Scharen** dahinauft. Der **Verfasser** der vorliegenden **Schrift** hat sehr richtig erkannt, daß die **Volksvermehrung** sehr innig mit der **Frage** zusammenhängt: **Wieviel Kinder** vermag ich zu **erzähnen**? Diese Frage spielt in den **besitzenden Klassen** eine noch **größere Rolle** als in den **minderbemittelten**, da in jenen **Kreisen** die **Ehelosigkeit** größer ist als in diesen, weil man vor den **standesgemäßen Gewohnheiten** nicht **ablassen** will und **besüchdet**, durch **allzu reichlichen Kindersegnen** daran **verhindert** zu sein. Herr **Staatsanwalt Zeiler** stellt nun ganz **eingehende Untersuchungen** an, wie die **gesellschaftlichen Zulagen** für **jeden Haushalt** aufzubringen seien, die er sehr **befürwortet**. Je nach dem **Lebensalter** des **Kindes** und den **sozialen Verhältnissen** der **Eltern** schlägt er **Beihilfen** von **50 bis 500 Mk.** jährlich vor. Er will auch **keinen Unterschied** zwischen **unehelichen** und **ehelichen Kindern** gemacht wissen. Wir können die **Schrift** allen denen **empfehlen**, die sich für die **wichtige**, mit **unserer Volksentwicklung** innig **zusammenhängende Frage** beschäftigen.

Illustrierte Geschichte des Weltkrieges 1914/17. Allgemeine Kriegszeitung. Verlag Union Deutsche Verlagsgesellschaft. Heft 137-143. Der **II-Bootskrieg** nimmt das **rege Interesse** der **ganzen Welt** in Anspruch. In **einem** der **Hefte** wird **man** recht **anschaulich** **geschildert**, wie die **Engländer** durch **II-Bootsflotten** ihrer **unterseeischen Feinde** Herr zu werden trachten.

„**Gewerbe- und Kaufmannsgericht**“, Monatschrift des **Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte**. (Verlag von **Georg Meimer** in Berlin). — Nr. 10 des 22. Jahrganges enthält u. a.: **Aufrechnung** und **Zurückhaltung** gegenüber **unpäßlichen Lohnforderungen**. Eine **Entgegnung**. Von **Gewerberichter Dr. Lieb**. — **Saftung** für **Ausstellung** **unrichtiger Dienstzeugnisse**. Von **Magistratsrat Dr. Landsberger**. — **Recht** des **Arbeitsvertrages**: Der **Beginn** der **zweiwöchentlichen Wartefrist** bei **Lösung** des **Hilfsdienstverhältnisses** ohne **Abteufelchen**. Von **Stadtrichter Laubinger**. — **Eine neue Verordnung** für die **Web-, Wirt- und Strickstoffe verarbeitenden Gewerbezeige**. Von **Jr. Kunze**, **Bevollmächtigtem** des **Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiterinnen Deutschlands**.

Von der „**Gleichheit**“, Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen, ist uns **soeben** Nr. 20 des

27. Jahrganges zugegangen. Aus dem **Inhalt** dieser **Knummer** **beden** wir **hervor**: **Neues soziales Frauenrecht**. Von **Dr. Max Luard** - **Frankfurt am Main**. — **Konferenz** von **Vertretern** der **gewerkschaftlichen Organisationen** und **Angestelltenverbände**. — **Zur Organisation** der **Arbeiterinnen**. Von **Nick. Weimann**. — **Vom Fortgang** des **Frauenrechts**: Die **Petitionskommission** des **Reichstags**. — **Keine Frauenkonferenz** in **Stockholm**. — **Die Frau als Arbeiterin**: Die **internationale Gewerkschaftskonferenz**. — **Für unsere Kinder**. — Die „**Gleichheit**“ **erscheint** **alle 14 Tage** **einmal**. **Preis** der **Knummer** **10 Pf.**

Adressenänderungen.

Konstanz. B. E. Schäfer, **Briefstraße 13**. K. R. Wahn, **Jopelmannstr. 1**, III.

ANZEIGEN.

Buchbinder

und **Salanterearbeiter** finden **Beschäftigung** in und **außer** dem **Haufe** bei **Wolf & Rosenzweig, Berlin S., Mitterstr. 86.**

Fertigmacher, Presser, Schnellpresser, Handpresser (auch vom **Militär** **beurlaubte**), **Fadenhefterinnen, Drahthefterinnen und Anwalzerinnen** suchen

Lüderitz & Bauer, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 118.

Goldschnittmacher

für **Schrägschnitt** werden in oder **außer** dem **Haufe** **Beschäftigt**. Wir **lernen** auch **solche** an. **Kunstanstalt Stengel & Co., G. m. b. H., Dresden A., Bärensteiner Str. 29.**

Tätige Druckerbuchbinder und Buchbindergehilfen

(möglichst **militärfrei**) in **Dauerstellung** für **kriegswichtigen Betrieb** **sofort** **gesucht**. **Hofbuchdruckerei Max Hahn & Co. Mannheim H. 2. 2.**

Als Pfleger gesucht zum sofortigen Eintritt ein Buchbinder

der **befähigt** ist, **einige schwachbegabte** oder **bildungs-fähige Jungen** in **seinem Handwert** **anzulernen**. **Gehalt** bei **freier Station** **M. 500** **häv.** **nach Heber-einkunft**. **Geeignete Bewerber**, auch **dauernd** oder auch **zeitig dienstunbrauchbar** **entlassene Kriegs-beschäftigte**, die **auf bleibende Stellung** **rechnen**, **wollen ihre Angebote** **unter Beifügung** **von Zeug-nissen** **einreichen** **bei der** **Direktion** **der** **Anstalt** **Idstein i. C. bei Frankfurt a. M.**

Zahlstelle Leipzig.

Achtung!

Kollegen und **Kolleginnen!** In den **Tagen** vom **30. Juli** **bis** zum **2. August** werden die **Büreauräume** von **Leipzig-Neuditz, Grenzstr. 24, nach dem Grundstück**

Leipzig, Tauchaer Straße 19-21, "

verlegt. Wegen der **damit verbundenen Räumungsarbeiten** können in **diesen Tagen** **irgendwelche Verbands-geschäfte** **nicht** **erledigt** **werden**. Wir **bitten** **deshalb** **alle Vertrauensleute** und **Mitglieder**, **sich** **für** **die** **fraglichen Tage** **entsprechend** **einzuordnen**. Von **Freitag, den 3. August**, an **wird** **der** **volle** **Geschäftsbetrieb** **in** **den** **neuen** **Räumen** **aufgenommen**. **Die Ortsverwaltung.**

Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin.

Bekanntmachung.

Den **Mitgliedern** zur **Kenntnis**, daß der **Vorstand** **beschlossen** hat, den **Mitgliedern**, welche **Anspruch** auf **Wechsellagen** haben, die **bisherige Kranken-unterstützung** vom **Beginn** der **vierten** **Woche** um **10 Proz. des Grundlohnes** und vom **Beginn** der **neunten** **Woche** **nochmals** um **10 Proz.**, also **20 Proz. des Grundlohnes** zu **erhöhen**. Dieser **Antrag** hat die **Genehmigung** der **Aufsichts-behörde** **gefunden** und **tritt** **mit** **dem** **20. Januar** **in** **Kraft**.

Der Vorstand.

Herrn **Rhauda**, Vorsitzender. **Jr. Reefe**, Schriftführer.

Verkaufe wegen **Aufgabe**: **Druckmaschinen, Papier, Arbeitsstoffe, Leinwand, Kontoreinrichtung.** **Wiener, Berlin, An der Jerusalemer Kirche 2.**

150 Jtr. Druckmaschinen	70x100	om	110er
50 "	84x89	"	110 "
10 "	Handpappen	70x100	250 "
10 "	"	70x100	180 "

sucht zu **kaufen** und **bittet** um **Offerte** **Hutfabrik A. Riedel, Olgau.**

Kräbe entlegt **Bett-Gautjuden** **gebelt** in **2 Tag.** o. **Verufsstr.** **100000 f.** **beiv. Monat.** **üb.** **100** **Heilber.** **Verf.n.ausw.** **Personen.** **ang.** „**Salus**“, **Bochum 81, Kortumstr. 13.**

Zahlstelle Berlin.

Bekanntmachung.

Den **Mitgliedern** zur **Kenntnisnahme**: In der **Zahlstelle Zieme, Barnimstr. 13** werden **jetzt** **nur** **an** **den** **Sonnabenden** **in** **der** **Zeit** **von** **5-7 Uhr** **nachmittags** **Beiträge** **entgegengenommen**. **Auch** **Werkstuden** - **Kladden** **können** **an** **diesen** **Tagen** **abgerechnet** **werden**. **Die Ortsverwaltung.**

Bindsäden

Bersab für **Post-** und **Bahnversand**. **Probe** **5 kg.** **gegen** **Nachnahme**. **Lieferung** **nur** **an** **Selbstverbraucher**. **Willy Rendsburg, Kiel 26.**

Zahlstelle Berlin.

Unseren **Mitgliedern** zur **Nachricht**, daß **unsere** **Kollegin**, **die** **Falsgerin** **Herta Hildebrand** **am** **6. Juli** **verstorben** **ist**. **Ehre** **ihrem** **Andenten!** **Die Ortsverwaltung.**